

Antrag Nr. 21-F-55-0036

Die Linke

Betreff:

Schaffung der Stelle eine* Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden für Menschen mit Behinderungen
- Ersetzungsantrag der Fraktion Die Linke zum TOP 6/I (21-F-22-0016) vom 14.09.2021 -

Antragstext:

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist in Deutschland seit 2009 in Kraft. Seitdem ist klar, dass es auch kommunale Aufgabe ist, die Rechte für Menschen mit Behinderungen um- bzw. durchzusetzen. Die Fraktionen ...setzen sich für volle selbstbestimmte Teilhabe der Menschen mit Behinderungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein. Um dies im Sinne der Konvention zu gewährleisten, ist es unerlässlich, eine hauptamtliche Stelle in der Stadt zu implementieren mit einer Person, die Ansprechperson für Menschen mit Behinderungen ist.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge eine Vorlage erstellen mit dem Ziel der Einrichtung einer Stelle eine* Beauftragten der Landeshauptstadt Wiesbaden für Menschen mit Behinderungen.

Die Stelle soll mindestens folgende Aufgabe wahrnehmen:

1. Ansprechpartner*in bei rechtlichen und sozialen Fragen zur Teilhabe.
2. Beratung und Begleitung zur Realisierung der Teilhabe.
3. Initiativen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ergreifen und fördern.
4. Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.
5. Erstellung und Fortentwicklung eines Maßnahmenplans, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Landeshauptstadt Wiesbaden umfassend voranzutreiben.
6. Enge Zusammenarbeit mit Behindertenverbänden und der Behindertenbeauftragten des Landes Hessen

Wiesbaden, 16.09.2021

gez. Ingo von Seemen f.d.R. Uwe von Massenbach
Fraktionsvorsitzender Fraktionsreferent